

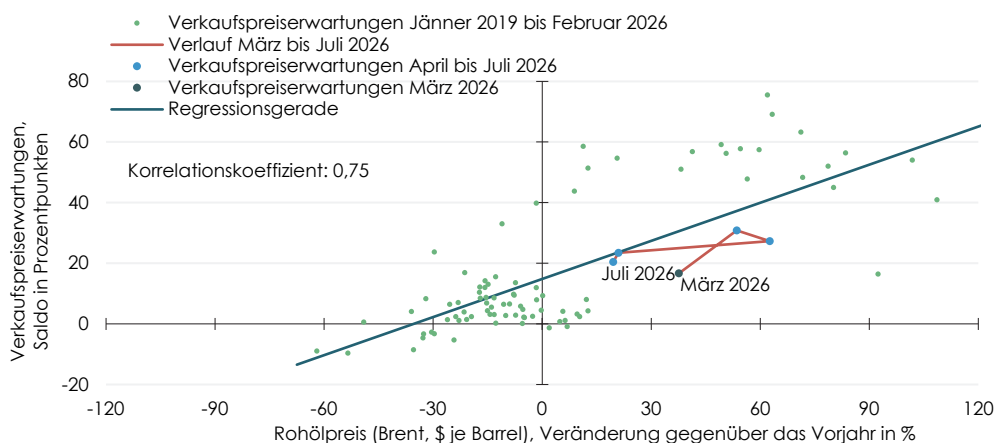
Ölpreisschock unterbricht die Konjunkturerholung – Industrieproduktion steigt entgegen dem Auftragstrend

Christian Glocker

- Laut WIFO-Schnellschätzung vom Juli stagnierte Österreichs Wirtschaftsleistung im II. Quartal 2026.
- Nachfrageseitig gaben die privaten und öffentlichen Konsumausgaben leicht nach; ausgeweitet wurden lediglich die Bruttoanlageinvestitionen. Auf der Verteilungsseite legten Lohn- wie Kapitaleinkommen zu, letztere allerdings deutlich kräftiger.
- Gemäß vorläufigen VGR-Daten expandierte die Beschäftigung im II. Quartal so stark wie zuletzt Mitte 2022 – bei stagnierender Wirtschaftsleistung und damit sinkender Produktivität.
- Die Vorlaufindikatoren hellten sich im Juli auf breiter Front auf. Die Produktionsausweitung in der Industrie speist sich allerdings aus Auftragsrückständen und dem Aufbau der Materiallager, nicht aus neuer Nachfrage.
- Die Inflation schwächte sich im Juli auf 2,7% ab (laut VPI-Schnellschätzung); maßgeblich für den Rückgang war die Mehrwertsteuersenkung auf Grundnahrungsmittel, während die Energiepreise wieder anzogen.

Ölpreis und Verkaufspriserwartungen

Sachgütererzeugung, saisonbereinigt, Jänner 2019 bis Juli 2026



"Seit dem jüngsten Anstieg des Rohölpreises sind die Verkaufspriserwartungen der Sachgütererzeugung wieder deutlich erhöht. Dies trübt die Aussicht auf eine Abschwächung des allgemeinen Preisaufliebs."

Der Ölpreisschock infolge des Iran-Krieges ließ die Verkaufspriserwartungen der Sachgütererzeuger im April 2026 sprunghaft ansteigen. Bis Juli flachten sie im Einklang mit dem Ölpreis wieder etwas ab (Q: WIFO-Konjunkturfest, Macrobond).

Ölpreisschock unterbricht die Konjunkturerholung – Industrieproduktion steigt entgegen dem Auftragstrend

Laut WIFO-Schnellschätzung stagnierte Österreichs Bruttoinlandsprodukt im II. Quartal 2026 gegenüber dem Vorquartal ($\pm 0,0\%$). Der durch den Iran-Krieg ausgelöste Ölpreisschock unterbrach somit die seit Anfang 2025 beobachtete verhaltene Konjunkturerholung. Wichtige Vorlaufindikatoren hellten sich im Juli zwar spürbar auf, die Nachfragebasis blieb jedoch schmal: Die Industrie weitete ihre Produktion so kräftig aus wie zuletzt Mitte 2022, allerdings schrumpften die Auftragseingänge weiter.

1. Einleitung

Gemäß der WIFO-Schnellschätzung von Ende Juli stagnierte Österreichs Bruttoinlandsprodukt im II. Quartal 2026 ($\pm 0,0\%$ gegenüber dem I. Quartal, saison- und kalenderbereinigt), nachdem es in den beiden Vorquartalen jeweils um $0,2\%$ gewachsen war. Im Vergleich zum Vorjahresquartal ergab sich nur noch ein Zuwachs von $0,8\%$. Die seit Anfang 2025 beobachtete verhaltene Erholung kam damit vorerst zum Erliegen. Ausschlaggebend war der infolge des Iran-Krieges deutlich gestiegene Erdölpreis, der die österreichische Wirtschaft über höhere Energie- und Vorleistungskosten sowie die begleitende Verunsicherung belastete.

Auf der Angebotsseite trat die Industrie, die im I. Quartal noch expandiert hatte, auf der Stelle; im Bauwesen setzte sich der Wertschöpfungsrückgang das fünfte Quartal in Folge fort. In den Dienstleistungen war das Bild uneinheitlich: Den höchsten Zuwachs verzeichneten die Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, während die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen und die öffentliche Verwaltung i. w. S. Einbußen hinnehmen mussten. Nachfrageseitig stagnierten sowohl die privaten als auch die öffentlichen Konsumausgaben; letztere waren im I. Quartal noch kräftig gewachsen. Der öffentliche Sektor, der die Konjunktur in den vergangenen zwei Jahren mehrfach gestützt hatte, fiel damit vorerst als Impulsgeber aus. Einzig die Bruttoanlageinvestitionen legten leicht zu; vom Außenhandel kamen kaum Impulse. Auf der Verteilungsseite stiegen sowohl die Lohneinkommen als auch die Kapitaleinkommen, letztere jedoch deutlich kräftiger.

Wichtige Vorlaufindikatoren hellten sich zuletzt abermals auf: Der WIFO-Konjunkturklimaindex verbesserte sich im Juli gegenüber dem Vormonat, und der UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex signalisierte den fünften Monat in Folge eine Ausweitung der Industrieproduktion. Diese Aufhellung ruht allerdings auf einer schmalen Basis: Der Teilindex zu den Neuaufträgen sank im Juli, jener zu den Exportaufträgen erreichte sogar den tiefsten Wert seit einem Jahr. Die rezente Produktionsausweitung speist sich somit aus der Abarbeitung von Auftragsrückständen und dem vorsorglichen Aufbau der Materiallager, nicht aus zusätzlicher Nachfrage.

Der Preisauftrieb schwächte sich zuletzt ab, allerdings überwiegend aufgrund von Einmaleffekten. Gemäß Schnellschätzung von Statistik Austria notierte der Verbraucherpreisindex im Juli 2026 um 2,7% über dem Vorjahresniveau, nach +3,2% im Juni. Rund die Hälfte des Rückgangs entfiel auf die Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel mit 1. Juli 2026. Die Kerninflation blieb mit 3,1% hoch, und die Energiepreise zogen sogar etwas kräftiger an als im Vormonat.

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich im Juli weiterhin robust: Die Arbeitslosenquote (nationale Definition) blieb mit 7,6% nahezu unverändert, und die unselbständig aktive Beschäftigung legte weiter zu (beides saisonbereinigt und gegenüber dem Vormonat; vorläufig).

2. Weltkonjunktur resilient, Preisdruck ebbt ab

Der Iran-Krieg unterbrach die Expansion der Weltwirtschaft nur kurz. Im Juni ließ mit der Beruhigung auf den Energiemärkten auch der Preisdruck nach – bis die neuerliche Eskalation im Juli die Rohölnotierungen abermals nach oben trieb.

Die Weltwirtschaft erwies sich im Frühjahr 2026 als widerstandsfähig. Der J. P. Morgan Global Composite PMI erreichte im Juli 2026 den höchsten Wert seit Februar. Die Ausweitung war breit getragen: In zehn der 13 Länder, für die bereits Juli-Werte vorlagen, nahm die Wirtschaftsleistung zu. Auffällig ist der Verlauf der Teilindizes: Seit Beginn des Iran-Krieges entwickelt sich das verarbeitende Gewerbe günstiger als der Dienstleistungssektor – ein angesichts des Energiepreisschocks ungewöhnlicher Umstand. Eine mögliche Erklärung liefert die Umfrage selbst: Die Dynamik in der Industrie geht zum Teil auf strategische Lageraufstockungen zurück, mit denen sich die Unternehmen gegen Lieferkettenstörungen absichern. Im Juli verkleinerte sich der Abstand der beiden Sektoren allerdings: Die Industrieproduktion verlor den zweiten Monat in Folge an Schwung, während die Dienstleistungen so kräftig expandierten wie zuletzt im Februar 2026.

Der J. P. Morgan Global Manufacturing PMI sank im Juli auf den tiefsten Stand seit März, blieb aber den zwölften Monat in Folge über der Wachstumsschwelle. Produktion und Neuaufträge expandierten weiter, die Zuwachsraten erreichten jedoch ein Viermonatstief. Zwei Entwicklungen stechen hervor: Die Exportaufträge stabilisierten sich nach den Rückgängen im Mai und Juni, und die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe nahm gemäß der Umfrage zu. Zugleich ebhte der Preisdruck weiter ab (bei den Einkaufs- wie den Verkaufspreisen). Die Geschäftserwartungen der Industriebetriebe blieben dennoch nahe dem Achtmonatstief vom Juni. In der Länderreihung rangierte Österreich im Juli sowohl unter dem weltweiten Durchschnitt als auch unter dem Wert für den Euro-Raum.

In den USA hielt das Wachstum der Gesamtwirtschaft auch im II. Quartal 2026 an (+0,4% gegenüber dem Vorquartal, I. Quartal +0,5%). Getragen wurde die Expansion vom privaten Konsum (+0,8% gegenüber dem Vorquartal, Wachstumsbeitrag 0,5 Prozentpunkte) und von den Ausrüstungsinvestitionen (+3,0%). Dämpfend wirkten der Außenbeitrag (–0,3 Prozentpunkte), da die Importe (+2,8%) stärker zunahmen als die Exporte (+1,1%), sowie der Lagerabbau (–0,2 Prozentpunkte). Die Industrieproduktion der USA expandierte im II. Quartal ebenso wie das verarbeitende Gewerbe insgesamt.

Im Euro-Raum blieb die Industrieproduktion dagegen verhalten: Der saisonbereinigte Produktionsindex lag im Mai 2026 bei 98,0 Punkten und damit geringfügig unter dem Wert vom April, während der EinkaufsManagerIndex für das verarbeitende Gewerbe im Juli auf 51,9 Punkte stieg – getragen vor allem vom Indikator für Deutschland.

2.1 Stimmungsindikatoren erholen sich

Die Konjunkturmfragen der Europäischen Kommission spiegelten im Juli eine breite Stimmungsaufhellung wider. Der Economic Sentiment Indicator (ESI) stieg in der EU wie im Euro-Raum an und verbesserte sich damit den dritten Monat in Folge; der Einbruch vom April, als der Ölpreisschock seine volle Wirkung entfaltet hatte, wurde damit aufgeholt. Die Einschätzungen hellten sich in fast allen Sektoren auf (Industrie +1,3 Punkte, Einzelhandel +3,0 Punkte, Dienstleistungen +0,5 Punkte, Verbrauchervertrauen +1,9 Punkte); lediglich in der Bauwirtschaft gaben sie neuerlich etwas nach (–0,4 Punkte).

Bemerkenswert ist der Rückgang der Unsicherheit: Der Unsicherheitsindikator sank im Juli um 2,1 Punkte auf 17,8 Punkte und entfernte sich damit den dritten Monat in Folge von seinem Höchststand im April. Zugleich verbesserte sich der Indikator der Beschäftigungserwartung deutlich, und der Anteil der Industrieunternehmen in der EU, die den Nachfragemangel als bedeutendes Produktionshemmnis bezeichneten, schrumpfte um 1,3 Prozentpunkte auf 33,9% – den niedrigsten Wert seit Juli 2023.

2.2 Energiepreise bestimmen den Inflationspfad

Die Inflation im Euro-Raum erhöhte sich im Juli 2026 leicht auf 2,9% (HVPI, gemäß Schnellschätzung; Vorjahresvergleich). Energie verteuerte sich mit voraussichtlich +10% abermals kräftig (Juni +8,5%). Auch Dienstleistungen und Industriegüter (ohne Energie) trugen zum Anstieg der Inflationsrate bei. Die Preiserwartungen der Unternehmen in der EU gingen gemäß ESI-Umfrage im Juli in allen vier Wirtschaftsbereichen (Industrie, Bau, Einzelhandel, Marktdienstleistungen) weiter zurück, übertrafen jedoch immer noch deutlich die langjährigen Durchschnittswerte.

In den USA sanken die Verbraucherpreise im Juni um 0,4% gegenüber dem Vormonat (saisonbereinigt) – der stärkste Rückgang seit April 2020 – und lagen nur mehr um 3,5% über dem Vorjahresniveau, nach +4,2% im Mai. Zuzuschreiben war dies den Energiepreisen, die sich gegenüber Mai um 5,7% verbilligten, gegenüber dem Vorjahresmonat aber noch immer um 15,7% höher waren. Die Kerninflation schwächte sich im Jahresabstand auf 2,6% ab (Mai +2,9%).

3. Österreich: Stagnation im II. Quartal bei besseren Vorlaufindikatoren

Der Ölpreisschock brachte die Konjunkturerholung zuletzt zum Erliegen. Das BIP stagnierte im II. Quartal, nachdem es in den beiden Vorperioden jeweils um 0,2% gewachsen war.

Gemäß der WIFO-Schnellschätzung vom 30. Juli stagnierte Österreichs BIP im II. Quartal 2026 gegenüber dem Vorquartal ($\pm 0,0\%$, nach jeweils +0,2% im IV. Quartal 2025 und im I. Quartal 2026; saison- und kalenderbereinigt). Im Vergleich zum Vorjahresquartal war die Wirtschafts-

leistung um 0,8% höher. Der Konjunkturpfad hat sich damit abgeflacht: Die Vorjahresveränderungsrate ging von 1,3% im III. Quartal 2025 schrittweise zurück.

Auf der Angebotsseite war das Bild von der Industrie geprägt. Nach dem kräftigen Wertschöpfungszuwachs im I. Quartal 2026 (+1,3% gegenüber dem Vorquartal) trat sie im II. Quartal auf der Stelle (–0,1%) – die unmittelbare Folge des Energiepreisschocks, dem die energieintensive österreichische Industrie über die Vorleistungsverflechtung besonders ausgesetzt ist. Im Bauwesen hielt die Schrumpfung an (–0,4%, nach –0,6% im I. Quartal); Anzeichen für eine Trendwende fehlen, auch wenn die Bauproduktion im Mai gegenüber dem Vorjahresmonat um 3,0% zulegen (arbeitstagsbereinigt). Im Dienstleistungssektor lieferten die Finanz- und Versicherungsdienstleistungen mit +0,8% den größten Beitrag; der Bereich Handel, Instandhaltung, Verkehr und Gastgewerbe erholte sich mit +0,3% von den deutlichen Einbußen des I. Quartals (–0,8%). Dazu trug der Tourismus bei: In der bisherigen Sommersaison (Mai und Juni 2026) wurden 22,35 Mio. Nächtigungen gezählt, um 1,5% mehr als im Mai und Juni 2025 und so viele wie in keiner Sommervorsaison seit Beginn der (elektronischen) Aufzeichnungen 1973/74. Der Zuwachs ging allein auf ausländische Gäste zurück (+2,9% gegenüber dem Vorjahreszeitraum), während die Nächtigungen inländischer Gäste um 1,2% sanken. Der Rückgang im Juni (12,70 Mio. Nächtigungen, –5,7% gegenüber dem Vorjahresmonat) ist überwiegend ein Kalendereffekt, weil Pfingsten dieses Jahr in den Mai fiel.

Nachfrageseitig fehlte jede tragende Stütze. Die Stagnation der Konsumausgaben der privaten Haushalte (–0,1% gegenüber dem Vorquartal) kam angesichts der Kaufkrafteinbußen durch die teurere Energie und des gedrückten Verbrauchervertrauens wenig überraschend. Bemerkenswerter ist die Entwicklung des öffentlichen Konsums, der nach einem Zuwachs von 1,6% im I. Quartal ebenfalls um 0,1% zurückging. Damit ist – als Folge der Konsolidierungserfordernisse – jener Impuls entfallen, der die österreichische Wirtschaft seit 2024 wiederholt gestützt hatte. Positiv hoben sich die Bruttoanlageinvestitionen ab (+0,4%, nach ±0,0% im I. Quartal), was zu der im Juli gemeldeten Verbesserung der Lagebeurteilungen in den Investitionsgüterbranchen passt; der Außenhandel blieb nahezu neutral (Exporte +0,5%, Importe +0,6%).

Auf der Verteilungsseite stiegen die Lohneinkommen (Arbeitnehmerentgelte) im II. Quartal 2026 nominell um 0,8% gegenüber dem Vorquartal, nachdem sie im I. Quartal um 0,2% gesunken waren. Die Kapitaleinkommen (Bruttobetriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen) legten mit +1,8% neuerlich zu (I. Quartal +2,4%). Damit wuchsen die Kapitaleinkommen im II. Quartal rascher als das nominelle BIP (+1,4%), die Lohneinkommen langsamer; die Lohnquote ging dementsprechend zurück. Da die Zahl der unselbständig Beschäftigten gleichzeitig um 0,5% zunahm, erhöhten sich die Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten allerdings nur um rund 0,3% gegenüber dem Vorquartal.

Für das III. Quartal zeichnet sich ein neuer Sonderfaktor ab. Laut GeoSphere Austria war der Juli 2026 um 2,0 °C wärmer als im Klimamittel 1991/2020 und der viertwärmste der 260-jährigen Messgeschichte. Österreichweit fiel um 53% weniger Niederschlag als im langjährigen Durchschnitt; im östlichen Bundesgebiet erreichte das Defizit an einzelnen Messstellen 90%. Der Wasserhaushalt reagierte entsprechend: Nach Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft lagen die Abflüsse im Juli an rund 95% der Pegelmessstellen unter den langjährigen Monatsmittelwerten, und Ende

Juli wiesen knapp 90% der Grundwassermessstellen niedrige oder sehr niedrige Stände auf, nach rund 80% Ende Juni. Wirtschaftlich schlägt eine solche Niederwassersituation vor allem auf die Energieversorgung durch, die den überwiegenden Teil des Stroms aus Wasserkraft erzeugt. Wie hoch die Einbußen ausfallen können, zeigt die jüngste vergleichbare Trockenperiode: In den ersten drei Quartalen 2025 wies der Verbund für seine Laufwasserkraftwerke einen Erzeugungskoeffizienten von 0,79 aus – 21 Punkte unter dem langjährigen Durchschnitt; die Stromerzeugung aus Wasserkraft sank gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 23,1%. Hitze und Trockenheit belasten darüber hinaus die Landwirtschaft, verknappen Kühlwasser für industrielle Prozesse und erschweren die Binnenschifffahrt auf der Donau.

3.1 Vorlaufindikatoren hellen sich auf – Nachfragebasis fehlt

Die Konjunkturstimmung verbesserte sich im Juli in allen Sektoren. Die Auftragsbestände blieben jedoch unterdurchschnittlich, und der Nachfragemangel war weiterhin das wichtigste Hemmnis der Geschäftstätigkeit.

Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2026 zeigen eine leichte Verbesserung der unternehmerischen Konjunktüreinschätzungen. Der saisonbereinigte WIFO-Konjunkturklimaindex legte gegenüber dem Vormonat zu; neben den Lagebeurteilungen verbesserten sich auch die Erwartungen. Beide Teilindizes notierten jedoch weiterhin unter der Nulllinie, die optimistische von pessimistischen Einschätzungen trennt.

In der Sachgütererzeugung blieb der Lageindex unverändert, während der Erwartungsindex anstieg. Rund 60% der Unternehmen meldeten zumindest ausreichende Auftragsbestände (Vormonat: 59%). Innerhalb des Sektors verbesserten sich die Lagebeurteilungen in den Investitionsgüterbranchen spürbar, während sie in der Konsumgüterindustrie empfindlich nachgaben.

Der UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex stieg im Juli um 0,6 Punkte auf 51,5 Punkte und signalisierte den fünften Monat in Folge ein Anziehen der Industriekonjunktur. Der Blick auf die Teilindizes relativiert dieses Signal jedoch erheblich. Ausschlaggebend für den Anstieg war die Produktionsleistung: Der Produktionsindex kletterte auf den höchsten Wert seit Mai 2022. Gleichzeitig verlor der Index der Neuaufräge an Boden, jener der Exportaufträge erreichte sogar den tiefsten Stand seit einem Jahr. Ein Produktionsindex auf einem Vierjahreshoch bei zugleich klar kontraktivem Neugeschäft ist eine ungewöhnliche Konstellation: Die Betriebe arbeiteten Auftragsrückstände ab und stockten ihre Materiallager den vierten Monat in Folge auf, wohl um sich gegen geopolitisch bedingte Lieferkettenstörungen abzusichern. Die Fertigwarenbestände wurden dagegen so rasch abgebaut wie zuletzt vor einem Jahr. Die Industrieproduktion hat sich damit teilweise von der laufenden Nachfrage entkoppelt.

Diese Entkoppelung ist konjunkturell folgenreich. Auftragsrückstände sind endlich, und Lagerhaltung ist ein Niveau-, kein Wachstumsphänomen: Ist der gewünschte Vorratsbestand einmal erreicht, entfällt der Impuls. Solange die Neuaufräge – und insbesondere die Exportaufträge – schrumpfen, fehlt die Grundlage für eine Fortsetzung der Erholung im 2. Halbjahr. Die Unternehmen selbst waren zuletzt zuversichtlicher gestimmt: Der Erwartungsindex für die Produktion

innerhalb Jahresfrist stieg deutlich an und erreichte den höchsten Wert seit Februar 2026. Diese Erwartungen wurden allerdings überwiegend vor der jüngsten Eskalation im Nahen Osten gebildet.

In der Bauwirtschaft notierte der Index der aktuellen Lagebeurteilungen des WIFO-Konjunkturtests im Juli wieder im positiven Bereich; der Anteil der Bauunternehmen mit zumindest ausreichenden Auftragsbeständen vergrößerte sich von 69% auf 73%. Der Erwartungsindex ging dennoch zurück – nahezu ausschließlich, weil die Baupreiserwartungen einbrachen. Die Eintrübung war also nicht Folge eines Nachfrage-, sondern eines Preissignals. Im Einzelhandel drehte die seit Februar rückläufige Stimmung, in den Dienstleistungen blieb der Lageindex nahezu unverändert; schwach schnitten Beherbergung und Gastronomie ab.

Die unternehmerische Unsicherheit ging im Juli trotz Fortdauer des Iran-Krieges in allen Sektoren zurück; auch die Verkaufspreiserwartungen gaben spürbar nach. Die Auftragsbestände blieben durchgängig unterdurchschnittlich, und der "Mangel an Nachfrage" war neuerlich das meistgenannte Hemmnis der Geschäftstätigkeit (Gesamtwirtschaft ohne Einzelhandel 26,8% der Unternehmen, vor dem Arbeitskräftemangel mit 14,7%).

Die Umfragen der Europäischen Kommission bestätigen die Aufhellung: Der ESI für Österreich verzeichnete im Juli den kräftigsten Monatszuwachs seit Mitte 2021; der Vertrauensindikator für die Industrie verbesserte sich auf den höchsten Wert seit April 2023. Das Verbrauchervertrauen blieb hingegen weit schwächer als im EU-Durchschnitt und weit unter seinem langjährigen Median. Die private Konsumnachfrage dürfte daher vorerst kein Wachstumsträger werden; die realen Einzelhandelsumsätze schrumpften im Juni um 0,4%.

3.2 Mehrwertsteuersenkung dämpft die Inflation, die Energiepreise treiben sie

Die Inflationsrate sank im Juli auf 2,7%. Der Rückgang beruht überwiegend auf der Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel. Die Kerninflation blieb mit 3,1% lebhaft, und die Erzeugerpreise für Vorleistungsgüter zogen kräftig an.

Gemäß der Schnellschätzung von Statistik Austria notierte der Verbraucherpreisindex (VPI) im Juli 2026 um 2,7% über dem Vorjahreswert, nach +3,2% im Juni und +3,7% im Mai; gegenüber dem Vormonat ging das Preisniveau voraussichtlich um 0,1% zurück. Der harmonisierte Verbraucherpreisindex lag im Juli um 2,6% über dem Vorjahresniveau. Österreich zählte damit erstmals seit Dezember 2024 wieder zu den Ländern mit einer geringeren Inflationsrate als der Durchschnitt des Euro-Raumes (2,9%).

Der Rückgang der VPI-Inflationsrate um 0,5 Prozentpunkte gegenüber Juni ist zur Hälfte auf einen Einmaleffekt zurückzuführen. Dass Nahrungsmittel, Tabak und Alkohol im Juli um 0,1% billiger waren als im Vorjahr, nachdem sie im Juni noch um 1,5% teurer gewesen waren, ist maßgeblich der Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel von 10% auf 4,9% mit 1. Juli 2026 zuzuschreiben. Diese Maßnahme wird die Jahresveränderungsrate zwölf Monate lang dämpfen; danach wird dieser Basiseffekt verschwinden.

Der zugrundeliegende Preisdruck bleibt ausgeprägt. Die Kerninflation (Industriegüter und Dienstleistungen) betrug im Juli 3,1% gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Dienstleistungs-

preise stiegen unverändert kräftig um 4,4% und lieferten mit 2,07 Prozentpunkten den mit Abstand größten Beitrag zur Gesamtinflation, Industriegüter verteuerten sich um 0,8% (Juni +1,1%). Die Energiepreise zogen mit +5,7% gegenüber dem Vorjahresmonat sogar etwas rascher an als im Juni (+5,4%), weil sich Treibstoffe und Heizöl ab Mitte Juli im Gefolge der neuerlichen Eskalation am Persischen Golf stark verteuerten. Im Juni hatte der Teilbereich Verkehr mit +6,5% den größten Einzelbeitrag geliefert (+0,93 Prozentpunkte), getrieben von den Preisen für Treibstoffe (+16,3%); dämpfend wirkten die Strompreise (–10,2%), in denen sich die Reduktion der Elektrizitätsabgabe und des Erneuerbaren-Förderbeitrags seit Jänner 2026 niederschlägt.

Auf den vorgelagerten Stufen ist der Preistrend in Österreich aufwärtsgerichtet. Der Erzeugerpreisindex für den produzierenden Bereich notierte im Juni 2026 um 3,1% über dem Vorjahresniveau, nach +2,8% im Mai und +2,0% im April. Träger dieser Beschleunigung sind die Vorleistungsgüter (+6,6% gegenüber dem Vorjahresmonat, nach +5,7% im Mai und +4,0% im April), insbesondere NE-Metalle und Halbzeug (Juni +44,7%) sowie chemische Grundstoffe und Kunststoffe in Primärform (+22,5%), während sich Investitions- und Konsumgüter kaum verteuerten (+1,0% bzw. +0,2%). Die Konstellation ist damit ungünstig: Während die Erzeugerpreise steigen, gehen die Verkaufspreiserwartungen der Unternehmen zurück. Für die Verbraucherpreise bedeutet dies vorerst wenig zusätzlichen Druck, für die Ertragslage der Unternehmen jedoch eine weitere Verengung der Margen.

3.3 Beschäftigung steigt trotz stagnierender Wirtschaftsleistung

Die Beschäftigung nahm im II. Quartal so kräftig zu wie zuletzt Mitte 2022, während die Wirtschaftsleistung stagnierte. Die Arbeitsproduktivität ging entsprechend zurück.

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich zuletzt weit günstiger, als es die Produktionsdaten vermuten ließen. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote (nationale Definition) lag im Juli 2026 bei 7,6% und war damit nahezu unverändert gegenüber Juni (–0,03 Prozentpunkte); unbereinigt betrug sie vorläufig 6,9% (+0,2 Prozentpunkte über dem Vorjahr). Laut Eurostat (ILO-Definition) lag die saisonbereinigte Quote im Juni 2026 bei 5,7%, nach 5,8% im Mai und 6,0% im Juni 2025; im Euro-Raum verharrte sie zuletzt bei 6,3%, in der EU bei 6,0%. Die Zahl der beim AMS vorgemerkten Arbeitslosen sank im Juli um 0,3% gegenüber dem Vormonat auf 328.800 (saisonbereinigt). Im Juni war sie noch um 1,1% gestiegen – ein möglicher Hinweis auf eine Verlangsamung des Anstiegs; unbereinigt waren zuletzt 298.885 Personen arbeitslos, um 3,1% mehr als im Vorjahr. Die saisonbereinigte Zahl der offenen Stellen stieg im Juli den zweiten Monat in Folge (+0,5% gegenüber dem Vormonat, nach +0,6% im Juni), blieb aber mit 75.100 weiterhin unter dem Vorjahreswert (–3,0%).

Die Beschäftigung entwickelte sich ebenfalls erfreulich. Die Saisonbereinigung der vorläufigen Daten für Juli ergab einen weiteren Anstieg der Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten um gut 2.900 gegenüber dem Vormonat (Juni –700 Beschäftigungsverhältnisse). Laut Schnellschätzung der VGR expandierte die Zahl der unselbständig Beschäftigten im II. Quartal 2026 um 0,5% gegenüber dem Vorquartal – der kräftigste Zuwachs seit dem II. Quartal 2022 (I. Quartal 2026 –0,2%). Der Anstieg war breit gestreut: Neben den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (+1,6%) und dem Grundstücks- und Wohnungswesen (+1,4%) weiteten auch die Infor-

mation und Kommunikation (+0,8%), die Bereiche Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie (+0,5%) sowie die öffentliche Verwaltung i. w. S. (+0,4%) ihren Personalstand aus. Selbst in der Herstellung von Waren (+0,1%) und im Bauwesen (+0,1%) endete vorerst der seit mehreren Jahren beobachtete Personalabbau.

Da die Wirtschaftsleistung im II. Quartal stagnierte, ging die Wertschöpfung je unselbständig Beschäftigten im Vergleich zum Vorquartal rechnerisch um rund 0,5% zurück. Ein solcher Produktivitätsrückgang bei anziehender Beschäftigung tritt typischerweise an konjunkturellen Wendepunkten auf, wenn Unternehmen in Erwartung einer Erholung ihr Personal im Voraus aufstocken. Er verschärft jedoch kurzfristig den Kostendruck, der derzeit bereits durch die steigenden Vorleistungspreise geprägt ist.

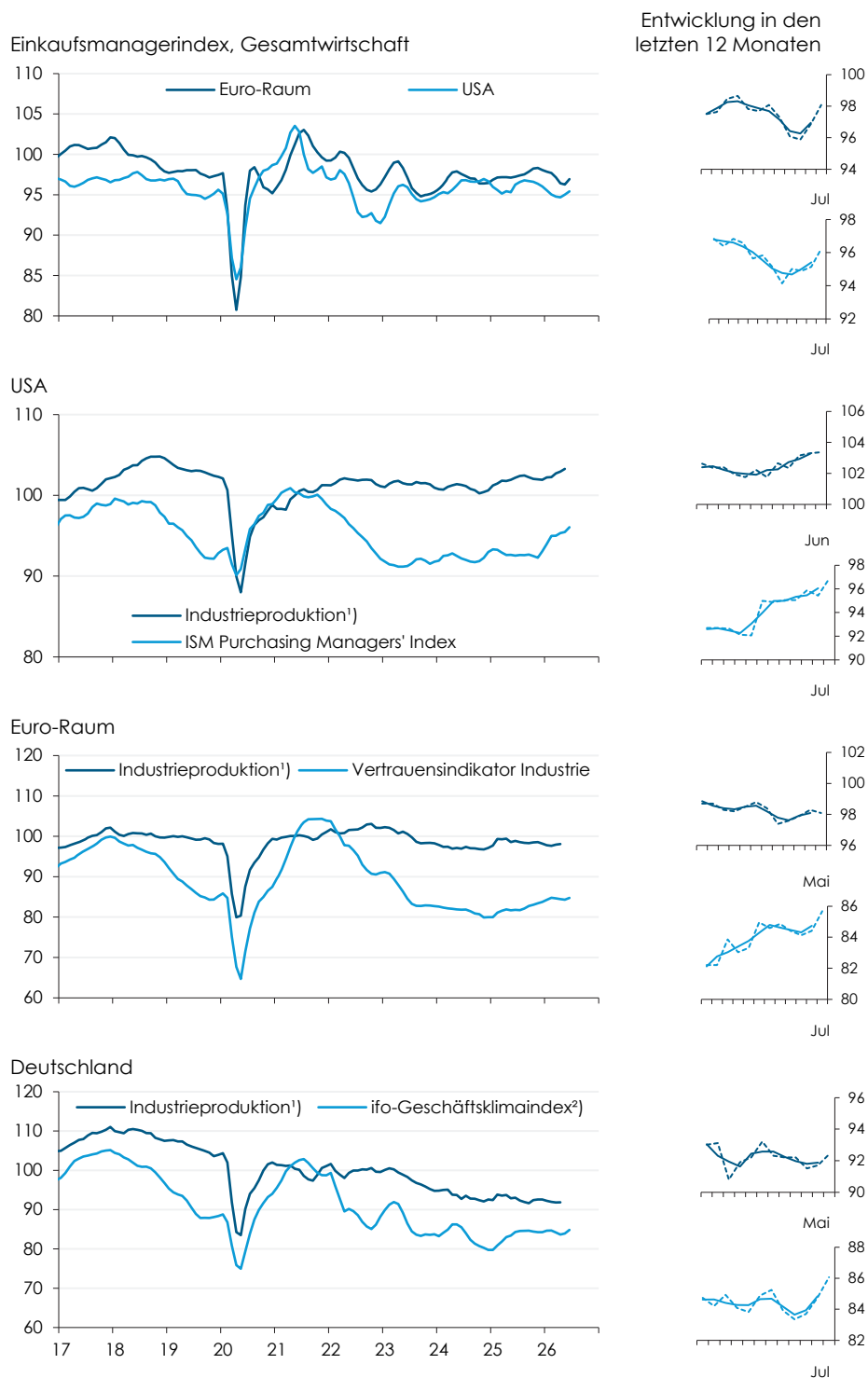
Wien, am 11. August 2026

Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar",

<https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/2024/01/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>

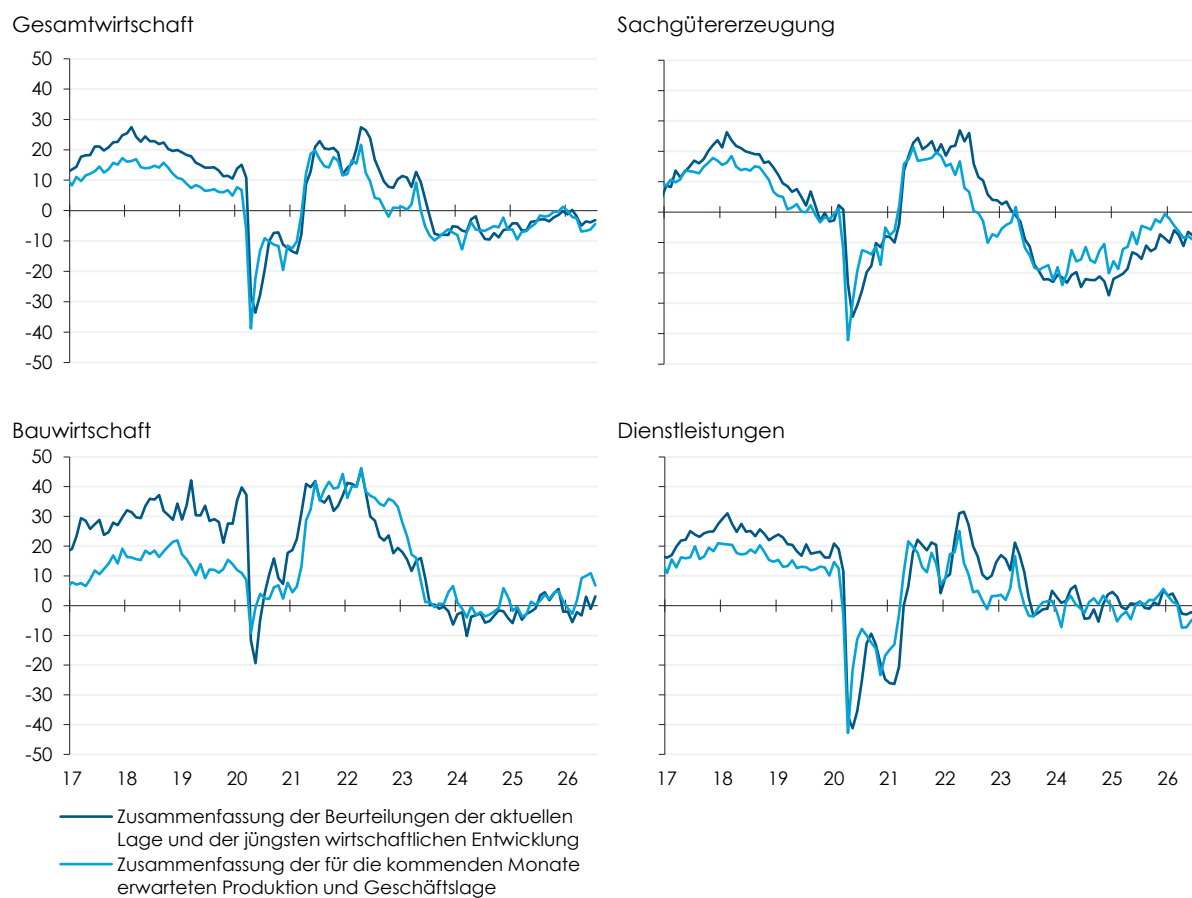
Abbildung 1: Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 2021 = 100, gleitende Dreimonatsdurchschnitte



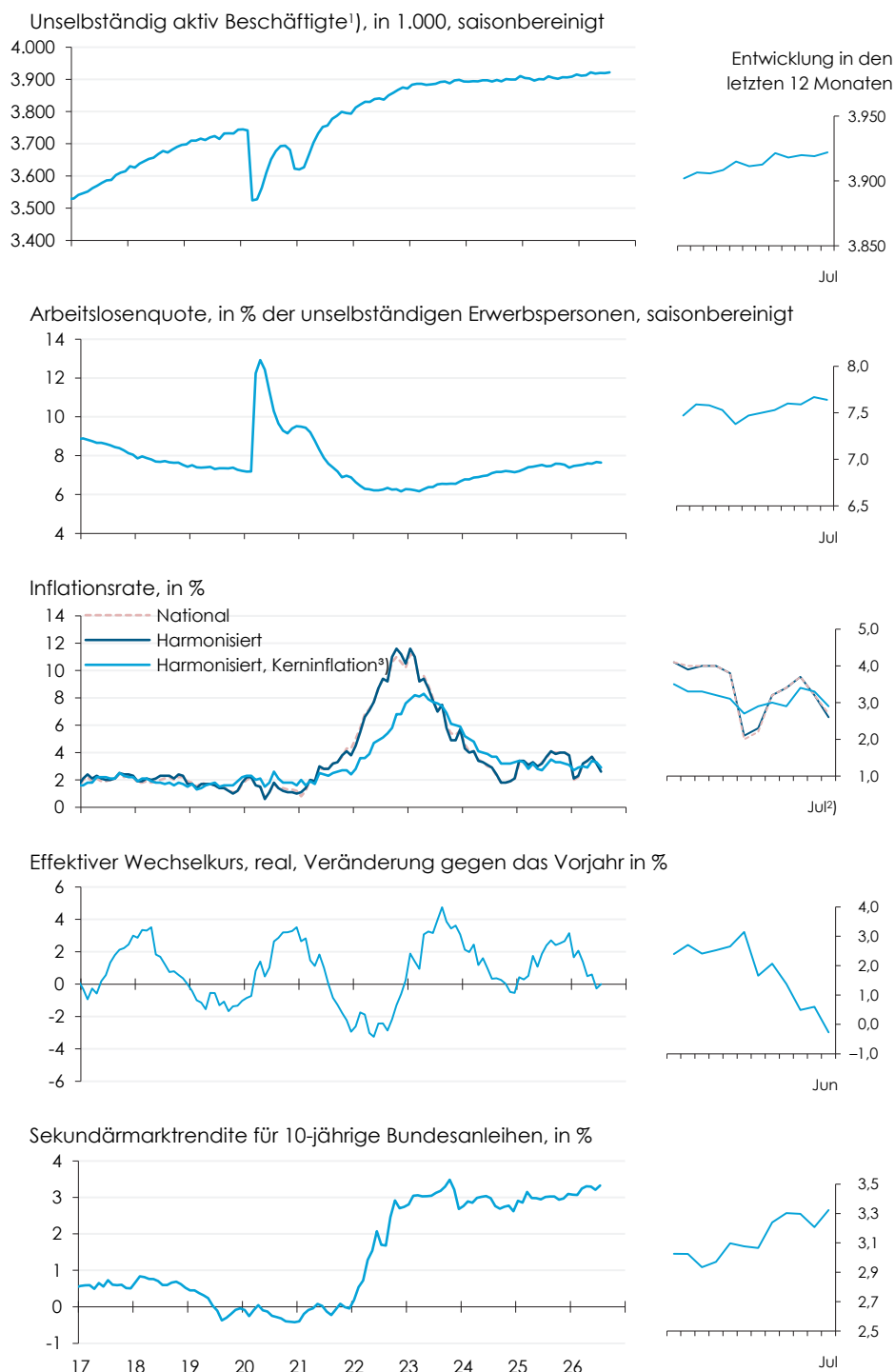
Q: Europäische Kommission, Deutsche Bundesbank, ISM (Institute for Supply Management™), ifo (Institut für Wirtschaftsforschung), OECD, S&P Global. – ¹⁾ NACE 2008, Abschnitte B, C und D. – ²⁾ Verarbeitendes Gewerbe.

Abbildung 2: **Indizes der aktuellen Lagebeurteilung und der unternehmerischen Erwartungen**



Q: WIFO-Konjunkturtest. Angaben in Indexpunkten (Prozentpunkten) zwischen +100 und –100. Werte über Null zeigen insgesamt optimistische, Werte unter Null pessimistische Einschätzungen an. Saisonbereinigt.

Abbildung 3: **Wirtschaftspolitische Eckdaten**



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, und ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – ²⁾ Schnellschätzung von Statistik Austria. – ³⁾ Gesamtindex ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.